

In der Deutschen Demokratischen Republik wirken die fünf politischen Parteien mit den anderen in der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland vereinigten Organisationen nutzbringend bei der Leitung und Lenkung des Staates, der Wirtschaft und der Kultur zusammen. Es verbindet sie das gemeinsame große Interesse an der Erhaltung des Friedens, der durch die sozialistische Gesellschaft garantiert wird. Es verbindet sie ihr gemeinsames humanistisches Anliegen, dem Wohle der Menschen zu dienen und die soziale Gerechtigkeit voll zu entfalten. Es verbindet sie die Erkenntnis, daß sie auf dem Boden der sozialistischen Wirklichkeit die volle Übereinstimmung zwischen den Interessen der von ihnen repräsentierten Schichten und den gesellschaftlichen Interessen herzustellen vermögen.

Wo die CDU/CSU den Ton angibt

Vergleiche erleichtern oft das Verständnis. Wie sieht es in Westdeutschland aus, wo die Partei der Monopole, die CDU/CSU, gestützt auf die Herrschaft der Industriebosse und in deren Auftrag, die politische Führung für sich beansprucht und ausübt?

„Zwanzig Jahre nach dem zweiten Weltkrieg ist die Gefahr militärischer Konflikte in Europa gebannt, mit einer Ausnahme. Kein europäischer Staat stellt heute territoriale Forderungen an einen anderen, mit einer Ausnahme. Kein Staat in Europa spricht einem anderen sein Lebensrecht ab, mit einer Ausnahme. Kein Staat bedroht in Europa einen anderen mit der gewaltsamen Veränderung seines Gesellschafts-systems, mit einer Ausnahme.“

So der westdeutsche bürgerliche Schriftsteller und Publizist Hans Magnus Enzensberger, der in einer kürzlich veröffentlichten Denkschrift „Katechismus zur deutschen Frage“ keinen Zweifel daran aufkommen läßt, welchen Staat er mit der „einen Ausnahme“ meint: die Bonner Bundesrepublik!

Woher rührt ihre Aggressivität? Aus der Herrschaft der Imperialisten und Militaristen — und der Verschmelzung des westdeutschen Staates mit dem Monopolkapital. Die westdeutschen Monopolvereinigungen sind der Mehrheit unseres Volkes nur noch allzugut aus dem letzten Krieg und zum Teil auch schon aus dem ersten Weltkrieg bekannt. Namen wie Flick, Thyssen, Abs, Mannesmann, Klöckner, Hoesch, IG-Farben usw. sprechen eine beredte Sprache. An sie denkt man, wenn die über 60 Millionen Toten der beiden letzten Kriege erwähnt werden. Sie stehen im Zusammenhang mit der Versklavung nahezu aller europäischen Staaten, mit deren

skrupelloser wirtschaftlicher Ausplünderung: mit dem Raub französischer Kohle, dem Diebstahl norwegischen Erzes, der brutalen Aneignung sowjetischer Werke, Gruben und landwirtschaftlicher Produkte. Sie stehen im Zusammenhang mit Auschwitz, Leau, Ravensbrück und den Tausenden anderen KZ, den Lieferanten ihrer Arbeitskräfte. Sie hatten in der Vergangenheit die ökonomische Macht im Deutschen Reich, sie haben sie heute im Bonner Staat. Ihre Partei ist die CDU/CSU, sie führt in diesem Staat — und wohin?

„Wir sehen den möglichen Weg: von der Parteienoligarchie zum autoritären Staat, vom autoritären Staat zum Diktaturstaat, vom Diktaturstaat zum Krieg.“

Das sind Worte des westdeutschen Philosophen Karl Jaspers, eines bürgerlichen Philosophen. Was er sagt, ist keineswegs neu. Unsere Partei, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, hat eine derartige Einschätzung schon vor Jahren getroffen. Bemerkenswert ist nur, daß selbst ein Mann wie Jaspers, der alles andere als ein Freund der Kommunisten ist, heute nicht mehr umhin kann, diese Einschätzung unserer Partei zur westdeutschen Entwicklung unter der Herrschaft der Monopole faktisch zu bestätigen.

Was für ein Deutschland soll es sein?

Gerade diese ihre Einschätzung veranlaßte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in ihrem Offenen Brief vom 7. Februar 1966 an die SPD, als eine der Kernfragen deutscher Politik zu bezeichnen: „Wie soll das einige Deutschland aussehen, das Du erstrebst? Soll es ein Deutschland sein, in dem das Volk bestimmt, oder sollen in ihm die Multimillionäre und Hitlergenerale den Ton angeben?“

Wer nicht blind ist, zu sehen, der sieht, daß sich die Politik der Führungskräfte in beiden deutschen Staaten wie Feuer und Wasser unterscheidet: Wo die Arbeiterklasse und ihre Partei führen, dort triumphiert der Frieden, wo die Monopole und ihre Partei herrschen, von dort droht erneut der Krieg. Die riesige Gefahr für den Frieden der Welt, die bisher immer vom deutschen Imperialismus ausging und auch heute wieder von ihm ausgeht, macht es für die deutsche Arbeiterklasse und ihre Partei zur nationalen Pflicht, konsequent die politische Führung zu beanspruchen und auszuüben. Es wäre für das ganze deutsche Volk nur gut, wenn auch in Westdeutschland die Arbeiterklasse und ihre Organisationen die politische Macht in ihren Händen hätten.

M. G.